

Beschluss (vorläufig; Stand: 27.05.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 7

Intakte Umwelt – Erhalten, was uns erhält

In der Vergangenheit wurde viel zu sorglos mit der Natur und mit den natürlichen Ressourcen umgegangen. Nach wie vor werden Gewässer, Luft und Boden mit zahlreichen Schadstoffen belastet und systematisch überdüngt. Flächen werden weiter versiegelt, jeden Tag sterben nach seriösen Schätzungen 150 Tier- und Pflanzenarten weltweit aus.

Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Lärmbelastung nimmt zu und trifft gerade Menschen, die sich keine ruhigen Wohnorte leisten können. In zahlreichen Lebensmitteln werden chemische Rückstände sogar über den erlaubten Werten gefunden, selbst Stoffe, die schon lange verboten sind. Ganz zu schweigen vom Cocktail an Umweltgiften, die auf uns einwirken, ohne dass die Zusammenhänge erforscht oder gar bekannt sind. Die Zahl der Kinder, die Haut- und Bronchialerkrankungen und Allergien haben, wächst. Aber auch weltweit wirkt sich der rücksichtslose Umgang mit der Natur aus. Vielen Fischern geht der Lebensunterhalt wegen industrieller Überfischung und Meeresverschmutzung verloren. Den armen Regionen der Welt ist eine grüne Revolution auf dem Acker versprochen worden, aber geliefert wurden nur neue Abhängigkeiten von internationalen Saatgutkonzernen und Chemieunternehmen. 15 Prozent der Weltbevölkerung verschwenden über die Hälfte der Rohstoffe. Sie erwärmen das Weltklima, exportieren ihren Müll und verschmutzen Meere wie auch die Atmosphäre. Schlimmer noch: Verschwendung und Verschmutzung sind zum Synonym für Wohlstand geworden. So werden die Lebensgrundlagen kommender Generationen zerstört.

Der Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt wie auch eine nachhaltige und gerechte Nutzung der natürlichen Ressourcen sind wichtige Bestandteile unseres Neuen Gesellschaftsvertrags. Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und unsere Kinder. Wohlstand einiger darf nicht länger zu Lasten anderer und kommender Generationen gehen. Wir GRÜNE sehen unsere große Aufgabe darin, einer ökologischen Sichtweise insgesamt zum Durchbruch zu verhelfen. Diese muss die Gerechtigkeitsdimension von vornherein einschließen. Wir werden es nicht zulassen, dass unter der Überschrift einer nachhaltigen Entwicklung das ökologische Rad zurückgedreht oder zum Stillstand gebracht wird. Wir brauchen eine andere Ressourcenpolitik. Weniger Abhängigkeiten von endlichen Ressourcen schafft neue Freiheiten. Flüsse, Luft und Böden dürfen nicht mehr als kostenlose Ressource zur Verschwendung freigegeben werden. Flächenversiegelung und Lärmbelastung müssen auf ein Minimum zurückgefahren werden. Durch einfache Maßnahmen lassen sich kostbare Ressourcen schonen. Wir wollen den Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft, die konsequent Abfall vermeidet und Stoffe wiederverwertet.

Ob bei aktivem Lärmschutz, elektromagnetischer Strahlung und Mobilfunk oder in der Chemie-

politik: Wir setzen auf vorsorgeorientierte und kindergerechte Grenzwerte, innovative und nachhaltige Produkte sowie mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Umwelt und Gesundheit

Heutzutage leidet jeder 2. Europäer an einer Allergie. Schadstoffeinträge in die Umwelt machen sensible Menschen krank und sind für unsere Kinder eine latente Bedrohung. Pestizide in Nahrungsmitteln und Textilien, chemische Belastungen in Gebrauchsgegenständen, Elektrosmog in Wohnräumen, Feinstaub aus Anlagen und Kraftfahrzeugen, Verkehrslärm – die Kumulation von Schadstoffen und Umweltbelastungen macht es fast unmöglich, Krankheitsbilder und Auslöser in einen nachweisbaren Zusammenhang zu bringen. Grüne Umweltpolitik stellt die Gesundheitsvorsorge in den Vordergrund. Gesunder Boden, sauberes Wasser und Luft sind Voraussetzungen dafür, dass wir alle gesund leben können. Gesundes Wohnen, Schutz vor Umweltgiften, schädlicher Strahlung und Lärm sind für uns eine Frage der Lebensqualität und eine zentrale Gerechtigkeitsfrage, weil alle Anspruch auf eine gesunde und intakte Umwelt haben, auf gesunde Ernährung und schadstofffreie Produkte. Grünes Ziel ist es, im Interesse der Allgemeinheit die Strahlenbelastung soweit wie möglich zu minimieren. Dazu gehören eine Senkung der Grenzwerte, gemeinsame Netznutzung, kabelgebundene Grundversorgung und ein besserer Schutz von Kindern, Jugendlichen und Elektrosensiblen. Wir wollen die Mitsprache der BürgerInnen bei der Standortwahl von Mobilfunksendeanlagen. In der Regel sollen Stromleitungen in der Erde verlegt werden.

Wir wollen flächendeckend den Schutz vor Feinstaub durchsetzen und dazu insbesondere das Emissionsschutzrecht auch auf bestehende Straßen ausweiten. Bei der Neugenehmigung von Großfeuerungsanlagen muss die bereits bestehende Belastung der Luft berücksichtigt werden. Die Belastungen aus Kleinf Feuerungsanlagen müssen sich am Stand der Technik orientieren. Der Schutz vor schweren Lungenerkrankungen darf keine Frage des Wohnorts und des Geldbeutels sein. Die Ressource Umwelt ist ungleich verteilt. Gerade Menschen mit geringen Einkommen sind am stärksten von Emissionen betroffen. Sie leben meist an verkehrsreichen Straßen, haben weniger Zugang zu Grünflächen und sauberer Luft. Hier müssen wir einen Schwerpunkt zur Verbesserung der Luftqualität, der Verringerung von Lärmemissionen und dem Zugang zu Freiflächen setzen. Wir fordern umfassende Programme sowie die Einführung und Festlegung verbindlicher Lärmgrenzwerte zur Lärminderung. Dazu gehören die Einrichtung und Ausweitung von Nachtflugverboten genauso wie besserer aktiver und passiver Lärmschutz an Bahnstrecken und auf Straßen sowie Flüsterasphalt auf Straßen. Auch in der Chemikaliensicherheit gibt es weiterhin erhebliche Lücken. Es ist unerlässlich, die fachliche Kompetenz der nationalen Behörden und der Forschung zu stärken.

Wir bleiben dabei: die EU-Chemikalienverordnung REACH muss verbessert werden, damit eine klare Kennzeichnung von Chemikalien im Alltag und mehr Mittel für umweltmedizinische Wirkungsforschung endlich Realität werden und der Ersatz besonders gefährlicher Stoffe verpflichtend wird.

Schutz von Natur und Artenvielfalt

Wussten Sie, dass der Spatz, der Laubfrosch und die Arnika bereits auf der Roten Liste bedrohter Arten stehen? Wir kämpfen für den wirksamen Schutz von Natur und Artenvielfalt. Denn es ist die biologische Vielfalt an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen, die unseren Planeten einzigartig macht. Sie ist aber auch eine unverzichtbare Bedingung unseres Lebens, denn sie versorgt uns mit sauberer Luft, fördert die Fruchtbarkeit unserer Böden, liefert die Grundlagen unsere Ernährung und reguliert auf natürliche Weise unseren Wasserhaushalt und unser Klima. Dabei verfolgen wir einen umfassenden Ansatz. Der Schutz muss flächendeckend erfolgen – in den Schutzgebieten und auf der genutzten Fläche. Deshalb geht biologische Vielfalt nicht nur die

Naturschützer etwas an, sondern zum Beispiel auch Landwirte und Städte- und Verkehrsplaner. Die nationale Biodiversitäts-Strategie muss gestärkt werden durch verbindliche Zeit- und Maßnahmenpläne sowie Sanktionsmöglichkeiten und zusätzliche finanzielle Mittel.

Das absehbare Verfehlen des Ziels, bis zum Jahr 2010 den dramatischen Artenverlust in Europa zu stoppen, ist Folge einer verfehlten Biodiversitäts-Politik der Großen Koalition: Wenn es darauf ankommt, dann regiert Symbolpolitik und der wirksame Schutz der Natur muss zurückstehen. Wir wollen den Erhalt der biologischen Vielfalt auf der Agenda wieder nach vorne setzen. Gebraucht werden eine zielorientierte Vernetzung von Forschung, Wissenschaft und Politik auf allen Handlungsebenen. Die interdisziplinäre Biodiversitäts-Forschung wollen wir stärker fördern und ein einheitliches Biodiversitäts-Monitoring schaffen.

Wir wollen bestehende Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten sichern und neue schaffen. Das unter Rot-Grün beschlossene Biotopverbundsystem muss endlich umgesetzt und das Nationale Naturerbe muss gesichert werden. Analog zum Bundesverkehrswegeplan fordern wir einen Bundeswildwegeplan, der z. B. durch den Bau von Grünbrücken der Zerschneidung von Lebensräumen für Wildtiere entgegenwirkt. Wir werden eine Schwächung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 nicht zulassen. Im Gegenteil, die adäquate und dauerhafte europäische Ko-Finanzierung muss sichergestellt werden. Der besonderen Verantwortung, die Deutschland für den Schutz der Buchenwälder und der Nord- und Ostsee hat, ist die Bundesregierung nicht nachgekommen. Das wollen wir ändern.

Aber auch unserer internationalen Verantwortung wollen wir gerecht werden: Ein Stopp der weltweiten Entwaldung hilft dem Klima und der biologischen Vielfalt, kann aber auch zur Überwindung der Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern beitragen. Das von uns schon lange geforderte Urwaldschutzgesetz muss endlich kommen. Der Schutz der biologischen Vielfalt muss in den nationalen und internationalen Klimaschutzprozess integriert werden. Für den internationalen Waldschutz muss ein tragfähiges Finanzierungssystem mit hohen ökologischen und sozialen Standards geschaffen werden. Dabei sind für uns die gleichberechtigte Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen indigener Völker, sowie Gerechtigkeits- und Menschenrechtsaspekte nicht verhandelbar.

Der Erhalt der Biodiversität und eine nachhaltige Nutzung der Meere ist eine der zentralen Herausforderungen des weltweiten Natur- und Artenschutzes. Wir brauchen vernetzte Meeresschutzgebiete mit hohen Schutzstandards, die hohen Schad- und Nährstoffeinträge von Land müssen konsequent minimiert werden. Wir setzen uns für ein Ende der Überfischung und des Rückwurfs von Beifängen ein. Auf europäischer Ebene wollen wir die Ausbeutung der Fischbestände vor der Küste Westafrikas durch die EU beenden.

Gesunder Boden – Sauberes Wasser

Jeden Tag wird in Deutschland eine Fläche von 113 Hektar oder 161 Fußballfeldern neu versiegelt. Wir Grüne wollen den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar begrenzen und langfristig ganz stoppen. Obwohl das 30-Hektar-Ziel mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie schon 2002 beschlossen wurde, fehlen bis heute wirksame Instrumente. Wir wollen ran an die Subventionen und falschen Anreize, die immer noch mehr Zersiedlung und Versiegelung fördern. Stattdessen wollen wir Flächenrecycling und Umnutzungen im Bestand attraktiver machen und ein Flächenmonitoring einführen. Der demografische Wandel ist ein Chance, den Flächenverbrauch zu stoppen. Entsiegelung ist auch eine Frage sauberen Trinkwassers und eines funktionierenden Wasserkreislaufes. Wir GRÜNE wollen Böden schützen. Deutschland muss sich in der EU für hohe Standards beim Bodenschutz einsetzen, statt diese zu verhindern.

Wir wollen, dass die Vorgaben der EU-Gewässerrahmenrichtlinie von Deutschland endlich zügig erfüllt werden. Die Schadstoffeinträge, wie z.B. durch die hohe Salzbelastung von Werra und

Weser, müssen vermindert werden. Hochwasserschutz bedeutet länderübergreifend den Flüssen mehr Raum geben und naturnahe Auenbereiche schaffen. Für einen besseren Hochwasserschutz muss sich die Bauplanung den Flussauen anpassen und nicht umgekehrt. Wir wollen, dass so schädliche Bauprojekte wie der Donau- und der Elbausbau sowie der Saalekanal endlich gestoppt werden. Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Wir wollen keine Privatisierung der Wasserversorgung, sondern die Rekommunalisierung der umweltbezogenen Daseinsvorsorge erleichtern.

Staatsziel Tierschutz umsetzen

Das Staatsziel Tierschutz muss im Tierschutzrecht konsequent umgesetzt werden.

Wir GRÜNE setzen in der Landwirtschaft auf die artgerechte Haltung von allen Nutztieren. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, u.a. durch Reformen und strikte Anwendung des Emissions-, Bau- und Planungsrechts, um industrielle Massentierhaltungsbetriebe zu verhindern. So muss jegliche Käfighaltung von Legehennen ausnahmslos verboten werden ebenso wie sämtliche Qualzuchten. Es darf bei allen mit Schmerzen verbundenen Eingriffen an Tieren keine Ausnahme von der Pflicht zur Schmerzausschaltung geben – auch für das Schlachten nicht. Tiertransporte müssen zeitlich begrenzt werden. Auch in der Fischerei müssen Tier- und Artenschutz deutlich gestärkt werden.

Im Rahmen eines Nachhaltigkeitssiegels wollen wir eine Tierschutzkennzeichnung für alle Lebensmittel, um den VerbraucherInnen die Möglichkeit zu geben, sich bewusst für Produkte aus tiergerechter Haltung zu entscheiden.

Tierversuche darf es nur dort geben, wo es keine Alternative gibt, die Gesundheit von Menschen, Umwelt und Tieren zu schützen. Tierversuchsfreie Ersatzmethoden müssen besser erforscht und schneller in der Praxis eingesetzt werden. Als Einstieg in den Ausstieg fordern wir eine jährliche Reduktion der Tierversuche in Deutschland um 10 Prozent.

Wir fordern ein Klagerecht für Tierschutzorganisationen und einen Bundesbeauftragten für Tierschutz.

Ökologische Landwirtschaft für gesundes Essen und Klimaschutz

Agrarpolitik ist Zukunftspolitik, denn Art und Weise der Landbewirtschaftung sind ein entscheidender Schlüssel für die Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit Welternährung, Klimawandel und Artensterben.

Wir Grüne wehren uns gegen die chemische und gentechnische Industrialisierung der Landwirtschaft und die Neoliberalisierung der Agrarmärkte zu Gunsten multinationaler Großkonzerne. Denn dabei bleiben VerbraucherInnen, LandwirtInnen, Arbeitsplätze und die Umwelt auf der Strecke.

Die grüne Agrarwende war ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik. Wir haben den ökologischen Landbau, die regionale Vermarktung, artgerechte Tierhaltung und Agrarumweltmaßnahmen gefördert, eine nachhaltige Landwirtschaft, die vereinbar ist mit Wasserschutz, dem Erhalt der Artenvielfalt und der Bodenqualität aber auch Wertschöpfung in ländlichen Regionen schafft.

Statt diesen Weg weiter zu verfolgen, hat die große Koalition in Brüssel immer nur für die Besitzstandswahrung von Großgrundbesitzern und Agroindustrie gekämpft. Nachfrage und Umsatz von Biolebensmitteln steigen seit Jahren zweistellig, doch die verfehlte Förderpolitik von Schwarz-Rot hat dazu geführt, dass in Deutschland kaum neue Betriebe umstellen. Das muss wieder anders werden. Agrarsubventionen soll es in Zukunft nur geben, wenn Umwelt und Kli-

maleistungen erbracht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung der gentechnikfreien Regionen ein.

Gutes Essen braucht faire Preise - damit LandwirtInnen hier und anderswo von dem, was sie erwirtschaften, leben können. Wir unterstützen die Milchbäuerinnen und -bauern und den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter bei ihrem Kampf für einen fairen Milchpreis. ErzeugerInnen brauchen einen rechtlichen Rahmen, um ihre Erzeugung am Bedarf des Marktes flexibel anpassen zu können statt neuer Stallbausubventionen.

Überproduktion in den Industrieländern zerstört volkswirtschaftliche Werte und regionale Wirtschaftskreisläufe weltweit. Darum setzen wir uns für die unverzügliche Abschaffung aller Exportsubventionen ein.

Unser Ziel ist eine integrierte ländliche Entwicklung, die gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe auf dem Land genauso ermöglicht wie in der Stadt. Junge Menschen brauchen Freiräume, denn sie sind der Garant dafür, dass die ländliche Gesellschaft sich weiterentwickelt. Die ländlichen Räume müssen Zukunftsperspektiven bieten - damit sie nicht veröden und zu unbelebten Agrarsteppen werden. Wir setzen uns für nachhaltige ländliche Wirtschaftsstrukturen ein, die Arbeitsplätze auf dem Land schaffen und erhalten.

Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden den Bäuerinnen und Bauern neue Möglichkeiten bei der Nutzung von Biomasse eröffnet. Regionale Wirtschaftskreisläufe wurden aufgebaut. Die große Koalition hat durch den Zwang zur Beimischung von Agrokraftstoffen, diese Kreisläufe wieder zerstört. Die großen Mineralölkonzerne haben das Heft in die Hand genommen. Sie importieren Palmöl und Ethanol ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Standards. Leere Teller, volle Tanks – das wollen wir nicht. Zur globalen Gerechtigkeit gehört, dass wir keinen Agrokraftstoff tanken, für den Menschen hungern und Regenwälder abgeholzt werden. Dasselbe gilt aber auch für den Import von Futtermitteln, der Grundlage für die Massentierhaltung und den übermäßigen Fleischkonsum in Deutschland ist. Bei jeglicher Biomassenutzung muss sichergestellt werden, dass Anbau, Verarbeitung und Transport nach klaren, strengen und überprüfbaren Klima-, Umwelt- und sozialen Standards erfolgen. Zur Energieerzeugung wollen wir vorrangig biogene Abfälle und landwirtschaftliche Nebenprodukte einsetzen.

Für eine nachhaltige Tourismusentwicklung

"Reisen" muss stärker als bisher im Einklang mit unserer natürlichen und sozialen Umwelt stehen. Gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen bietet Tourismus Beschäftigungs- und Wachstumschancen. Die Förderung der öffentlichen Hand im Bereich Tourismus muss verpflichtend dem Nachhaltigkeitsgedanken unterliegen. Öffentliche Gelder für umweltzerstörende Investitionen - zum Beispiel für Schneekanonen - dürfen heute nicht mehr fließen. Wir wollen vor allem die "Regionalität" oder "Unverwechselbarkeit" einer Landschaft als touristische Chance betonen und in Wert setzen. Neben der Einzigartigkeit der Landschaft sind die Entwicklung der Infrastruktur, die Erreichbarkeit und die Barrierefreiheit gerade in einer alternden Gesellschaft wichtige Kriterien für eine Stärkung des Tourismus. Besonders hervorheben möchten wir die Nationalparke, die neben ihrem originären Wert für den Naturschutz positive regionale Effekte für die Tourismuswirtschaft im ländlichen Raum bieten.

Wir wollen, dass die Tourismuspolitik nachhaltiger und vor allem transparenter gestaltet wird. Dazu gehören Verbraucherinformationen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen einer Reise. Gerade die Wahl des Verkehrsmittels bei der Anreise hat hier eine besondere Bedeutung. Ein Reiseziel wird durch eine intakte Umwelt, kulturelle Attraktivität und qualitative Serviceleistungen vor Ort zum Urlaubsziel!

Ressourcenschonendes Wirtschaften

Eine Antwort auf Ressourcenverknappung und steigende Rohstoffpreise ist die regionale Kreislaufwirtschaft. Wir GRÜNE sind gegen Wegwerfprodukte und eine Haltung, die nur den kurzfristigen Nutzen im Sinn hat und nicht den nachhaltigen. Das Duale System, der grüne Punkt hat sich nicht bewährt und gehört abgeschafft. Durch die Einführung einer Ressourcenabgabe wollen wir weg von der Abfallpolitik und hin zu einer Politik, die ressourcenschonendes Wirtschaften initiiert, langlebige Produkte fördert und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt. Einen Zubau weiterer Müllverbrennungsanlagen lehnen wir ab. Durch eine Änderung des Genehmigungsrechtes wollen wir ein Überangebot verhindern und so unnötige Ressourcenverschwendung und „Mülltourismus“ beenden.

Je weniger Erdöl eingesetzt wird, desto weniger werden Natur, Klima und Gesundheit belastet. Deshalb muss besonders auch die chemische Industrie weniger Erdöl und mehr nachwachsende Rohstoffe einsetzen und zu einer umwelt- und klimaverträglichen Produktion kommen. Durch Hilfen bei der Markteinführung und durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen wollen wir solche Innovationen fördern. Unser Ziel ist, die Chemie- und Kunststoffindustrie perspektivisch unabhängig vom Erdöl zu machen.

Ein modernes Umweltrecht

Zum Erhalt von Umwelt und Natur werden viele Werkzeuge benötigt, von Anreizen und Umweltbildung über Label und Zertifikate bis hin zu einer neuen Ökologischen Finanzpolitik und einem klarem Ordnungsrecht. Wasser-, Luft-, Boden-, Abfall- und Naturschutzaspekte sind bei Genehmigungen zu berücksichtigen. Von zentraler Bedeutung ist deshalb eine integrierte und transparente Umweltgesetzgebung in einem Umweltgesetzbuch, das das gesamte Instrumentarium für zukunftsfähigen und effektiven Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz enthält. Auch ein novelliertes Bergrecht und ein Klimaschutzgesetz sollen hier integriert werden. Einheitliche, bundesweite Vorgaben vermindern die Bürokratie und sind überdies auch noch gut für die Wirtschaft. Dieses einheitliche Umweltgesetzbuch wird deshalb seit Jahren von Umweltverbänden wie auch von der Wirtschaft gefordert. Es ist ein Symbol des Versagens der großen Koalition in der Umweltpolitik, dass dieses Projekt dem Parteiengozänk zwischen CDU und CSU zum Opfer gefallen ist. Wir Grüne werden einen neuen Anlauf für ein modernes und unbürokratisches Umweltrecht unternehmen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... wählt Artenvielfalt und eine intakte Umwelt.
- ... schützt Wasser, Boden und Luft.
- ... sorgt dafür, dass Bio und Ökolandbau weiter boomen.
- ... stimmt für artgerechte Tierhaltung und Tierschutz.
- ... wählt ein modernes Umweltrecht – wirksam und unbürokratisch.